

Rechtsschutzversicherung für Anfänger

Bearbeitet von
Dr. Klaus Schneider

2. Auflage 2017. Buch. XXVII, 264 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 69453 0
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Versicherungsrecht > Sachversicherung,
sonstige Versicherungen](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Klaus Schneider
Rechtsschutzversicherung für Anfänger


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Rechtsschutz- versicherung für Anfänger

von

Dr. Klaus Schneider

Rechtsanwalt und Notar, Fachanwalt für Versicherungsrecht
und Fachanwalt für Verkehrsrecht in Langenhagen

2., völlig überarbeitete Auflage 2017


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG


C.H. BECK



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 69453 0

© 2017 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Fotosatz H. Buck
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign
Homburg/Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort der 2. Auflage

Sechs Jahre sind nunmehr seit der ersten Auflage dieses Werkes vergangen. Grund genug, das Werk auf den aktuellen Stand zu bringen. Allem voran hervorzuheben sind jedoch die zwischenzeitlich veröffentlichten ARB 2012 (GDV-Musterbedingungen), welche nicht nur die mit jeder neuen Fassung verbundenen inhaltlichen Veränderungen enthalten, sondern eine völlig neue Gliederungssystematik. Zum einen erfolgt die Gliederung der neuen ARB nicht mehr – wie bisher – in Paragraphen, sondern jetzt in einer neuen Nummernsystematik. Diese ist bereits von den neueren Allgemeinen Bedingungen für die Kraftfahrtversicherung (AKB) bekannt. Zum anderen sind die Bedingungen nach dem Bausteinprinzip aufgebaut, sodass sie neben den allgemeinen Vorschriften Bausteine enthalten, die den einzelnen versicherten Vertragsarten zugeordnet sind. Obwohl die Verträge mit den neuen Bedingungen in der Regulierungspraxis naturgemäß erst langsam eine zunehmende Rolle spielen werden und zudem nicht alle Rechtsschutzversicherer die neue Gliederungssystematik übernommen haben, erfolgt in den Überschriften und beim vorangestellten Bedingungstext bereits jeweils ein Hinweis auf die entsprechende Bestimmung der ARB 2012. Im Text wird sodann auf wichtige Abweichungen der ARB 2012 eingegangen.

Doch selbstverständlich haben sich auch Rechtsprechung und Literatur weiterentwickelt. Insbesondere hat sich der BGH in den vergangenen Jahren weitaus häufiger mit der Rechtsschutzversicherung befasst, als es früher der Fall war. Besonders hervorzuheben ist zweifellos die neue Rechtsprechung des BGH zum Versicherungsfall im Vertrags-Rechtsschutz, die geradezu die gesamte frühere Sicht revolutioniert hat. Doch auch eine Vielzahl weiterer Entscheidungen des BGH und der Instanzgerichte hat Eingang in die Neuauflage gefunden, welche das Werk insgesamt auf den Stand April 2017 bringt.

Der Autor ist weiterhin für jegliche Anregungen und Kritik aus dem Nutzerkreis dankbar.

Langenhagen, im Juli 2017

Klaus Schneider

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort der 1. Auflage

In der anwaltlichen Praxis spielen die rechtsschutzversicherten Mandate eine erhebliche Rolle. Zudem werden in den letzten Jahren von der Anwaltschaft zunehmende Auseinandersetzungen mit Rechtsschutzversicherern beklagt, welche sich auch durch den seit Einführung des RVG im Jahre 2004 unstrittig gestiegenen Kostendruck erklären ließen, dem die Rechtsschutzversicherer ausgesetzt sind. Gleichwohl entstehen im Rahmen der Abwicklung eines rechtsschutzversicherten Mandats immer wieder Unklarheiten, die zum einen den Umfang des Versicherungsschutzes sowie zum anderen Fragen der praktischen Abwicklung betreffen. Auch mit den zum Teil nicht unerheblichen Haftungsrisiken, welche der Anwalt mit der Annahme eines rechtsschutzversicherten Mandats eingeht, erfolgt wohl selten eine Auseinandersetzung. Schließlich scheint es in den Anwaltskanzleien sehr unterschiedlich gehandhabt zu werden, inwieweit die Rechtsschutzkorrespondenz vom Anwalt selbst diktiert oder dem (qualifizierteren) Personal überlassen wird. Die in den letzten Jahren erheblich erweiterten Möglichkeiten der elektronischen Korrespondenz (Online-Schadenmeldung etc.) machen die Standardisierung der Rechtsschutzabwicklung innerhalb der Anwaltskanzlei nicht zwingend einfacher.

Mit dem vorliegenden Werk soll daher für denjenigen, der sich mit Fragen des Rechtsschutzversicherungsrechts auseinander zu setzen hat, gleichermaßen ein Einstieg in die Materie als auch ein Überblick über Voraussetzungen und Umfang des Rechtsschutzes ermöglicht werden. Gedacht ist hierbei vor allem an den Anwalt, der sich nicht unbedingt auf das Versicherungsrecht spezialisiert hat, sondern sich mit dem Rechtsschutzversicherungsrecht mehr oder weniger zwangsläufig wegen der in seinen anwaltlichen Schwerpunktbereichen rechtsschutzversicherten Mandate befasst. Darüber hinaus wurde der Versuch unternommen, auch für den Nichtjuristen – gedacht ist insbesondere an das Personal der Anwaltskanzlei, nämlich die/den Rechtsanwaltsfachangestellte(n) – die Grundlagen für eine eigenständige Rechtsschutzprüfung und -abwicklung verständlich darzustellen. Im Teil B werden daher – soweit ersichtlich erstmalig in einem solchen Werk zur Rechtsschutzversicherung – Schritt für Schritt unter Heranziehung zahlreicher Beispiele die Grundlagen und Gedankenschritte zur richtigen Einordnung der beabsichtigten Interessenwahrnehmung in das Schema der Rechtsschutzversicherungsbedingungen erläutert.

Schließlich soll das Werk durch Aufnahme entsprechender Checklisten bzw. Übersichten auch dazu dienen, dem Versicherungsrechtler – sei es in der Anwaltskanzlei oder bei einem Rechtsschutzversicherer – einen schnellen Überblick über die Reichweite der Rechtsschutzdeckung zu vermitteln.

Aufgenommen sind ferner eine Reihe von Hinweisen und Tipps, welche die praktische Rechtsschutzabwicklung aus Sicht des Anwalts betreffen (zB korrekte Erstellung der Kostenrechnung, Vorschussanforderung, Anwendung des Quotenvorrechts).

Im Anhang findet sich ein vollständiger Abdruck der Allgemeinen Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB 2008) sowie ein Glossar zu

Vorwort der 1. Auflage

den wichtigsten im Rahmen des Rechtsschutzversicherungsrechts verwendeten Fachbegriffen.

Langenhagen, im März 2011

Klaus Schneider


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der 2. Auflage.	V
Vorwort der 1. Auflage.	VII
Literaturverzeichnis	XXIII
Abkürzungsverzeichnis.	XXV
A. Einleitung.	1
I. Begriffserklärung: Versicherer, Versicherungsnehmer, Versicherung, Versicherter	1
II. Bedeutung der Rechtsschutzversicherung	1
III. Rechtsgrundlagen	2
1. Versicherungsvertragsgesetz (VVG)	2
2. Allgemeine Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB)	3
a) Fassungen der ARB.	3
b) Auslegung und Wirksamkeitskontrolle von ARB	5
B. Die Prüfung der Rechtsschutzdeckung.	7
I. Einleitung zur Frage des Versicherungsschutzes im Einzelfall	7
II. Exakte Herausarbeitung der vom Mandanten begehrten Interessenwahrnehmung	7
1. Wem gegenüber soll die Interessenwahrnehmung erfolgen?	7
2. Welche Rechtsbeziehung besteht zwischen Mandant und „Gegner“?	8
a) Vertragliches/gesetzliches Schuldverhältnis.	8
b) Vertragstypus	8
c) Rechts-/Anspruchsgrundlage	8
d) Zusammenfassung zur Klärung des Mandanten- begehrens im Zivilrecht	9
3. In welche Leistungsart (Rechtsbereich) gem. § 2 ARB bzw. Nr. 2.2 ARB 2012 fällt die begehrte Interessen- wahrnehmung?	9
a) Checkliste zu den Leistungsarten gem. § 2 e–k ARB bzw. Nr. 2.2.1 bis 2.2.12 ARB 2012.	9
b) Checkliste zu den Leistungsarten gem. § 2 a–d ARB.	10
c) Reichweite der einschlägigen Leistungsart	11
III. Versicherte Formen des Rechtsschutzes	11
1. Die vier Lebensbereiche	12
2. Die jeweils versicherten Eigenschaften	12
IV. Privat-Rechtsschutz	13

Inhaltsverzeichnis

1. Versicherte Personen.	14
a) Versicherungsnehmer	14
b) Lebenspartner	14
c) Minderjährige Kinder	14
d) Volljährige Kinder.	14
e) Zusätzlich mitversicherte Personen beim Landwirt- schafts- und Verkehrs-Rechtsschutz gem. § 27 ARB	15
2. Versicherte Leistungsarten	15
3. Risikoausschluss für den Bereich des Verkehrs- Rechtsschutzes	16
4. Risikoausschluss für selbstständige Tätigkeit.	16
a) Geltendmachung von Ansprüchen aus Personen- versicherungen (zB Unfall-, Berufsunfähigkeits- versicherung).	16
b) Private Vermögensverwaltung.	17
V. Berufs-Rechtsschutz	18
1. Nichtselbstständige Tätigkeit	18
a) Versicherte Personen	18
b) Versicherte Leistungsarten	19
2. Selbstständige Tätigkeit	19
a) Versicherte Personen und Eigenschaften	19
aa) Versicherungsnehmer.	19
bb) Vom Versicherungsnehmer beschäftigte Personen	20
cc) Erben bei Vertragsbeendigung wegen Tod des Versicherungsnehmers.	20
b) Versicherte Leistungsarten	21
VI. Verkehrs-Rechtsschutz.	21
1. Versicherte Personen/Fahrzeuge/Eigenschaften	21
a) Versicherungsnehmer/Lebenspartner/minderjährige Kinder.	22
b) Volljährige Kinder.	22
c) Fahrer/Insasse.	23
d) Mitversicherung von weiteren Angehörigen der mitversicherten Personen gem. § 15 Abs. 1 S.2 ARB bzw. Nr.2.1.2 ARB 2012	24
2. Abgrenzung der jeweils betroffenen Eigenschaft	24
a) Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen	25
b) Vertragsstreitigkeiten	25
c) Verteidigung wegen Straftaten/Ordnungswidrigkeiten	26
3. Besonderheiten beim Fahrzeug-Rechtsschutz gem. § 21 Abs.3 ARB bzw. Nr.2.1.1 ARB 2012	27
4. Besonderheiten beim Fahrer-Rechtsschutz gem. § 22 ARB	27
5. Versicherte Leistungsarten	27
VII. Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz	28
1. Versicherte Objekte	28
2. Versicherte Personen/Eigenschaften	29
3. Versicherte Leistungsarten	30

C. Die unterschiedlichen Leistungsarten des § 2 ARB bzw. Rechtsbereiche des Nr.2.2 ARB 2012	31
I. Schadensersatz-Rechtsschutz gem. § 2 a ARB bzw. Nr.2.2.1 ARB 2012	31
1. Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen, keine Abwehr	31
2. Abgrenzung zu vertraglichen Schadensersatzansprüchen	32
3. Anspruchskonkurrenz zwischen gesetzlichen und vertraglichen Schadensersatzansprüchen	32
4. Begriff des „echten“ gesetzlichen Schadensersatzanspruchs	33
5. Abgrenzung zum Schadensersatzanspruch im Immobilienrecht	33
II. Arbeits-Rechtsschutz gem. § 2 b ARB bzw. Nr.2.2.2 ARB 2012	34
1. Voraussetzung der unselbstständigen Tätigkeit	34
2. Interessenwahrnehmung „aus“ dem Arbeits-/Dienstverhältnis	35
3. Ausschluss für kollektives Arbeits-/Dienstrecht	35
4. Gerichtsbarkeit der Interessenwahrnehmung unerheblich	35
5. Risikoausschluss bei Streik/Aussperrung	36
III. Wohnungs- und Grundstücks-Rechtsschutz gem. § 2 c ARB bzw. Nr.2.2.3 ARB 2012	36
1. Dingliche Rechte an Immobilien	37
2. Kurzfristige vertragliche Nutzungsverhältnisse (zB Ferienwohnung)	37
3. Erwerbs- oder Veräußerungsvorgang einer Immobilie	37
4. Wichtige Risikoausschlüsse	38
IV. Rechtsschutz im Vertrags- und Sachenrecht gem. § 2 d ARB bzw. Nr.2.2.4 ARB 2012	38
1. Begriff der privatrechtlichen Schuldverhältnisse	38
2. Begriff der dinglichen Rechte an beweglichen Sachen	39
V. Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten gem. § 2 e ARB bzw. Nr.2.2.5 ARB 2012	39
VI. Sozialgerichts-Rechtsschutz gem. § 2 f ARB bzw. Nr.2.2.6 ARB 2012	40
VII. Verwaltungs-Rechtsschutz in Verkehrssachen gem. § 2 g ARB bzw. Nr.2.2.7 ARB 2012	41
1. Begriff der verkehrsrechtlichen Angelegenheit	41
2. Risikoausschlüsse	42
3. Individualklauseln	42
VIII. Disziplinar- und Standes-Rechtsschutz gem. § 2 h ARB bzw. Nr.2.2.8 ARB 2012	42
IX. Straf-Rechtsschutz gem. § 2 i ARB bzw. Nr.2.2.9 ARB 2012	43
1. Verteidigung, keine aktive Strafverfolgung	43
2. Vergehen, keine Verbrechen	44

Inhaltsverzeichnis

3. Abgrenzung verkehrsrechtlicher von den sonstigen Vergehen	44
4. Rechtsschutz bei den verkehrsrechtlichen Vergehen gem. § 2 i aa ARB	45
a) Zunächst stets Rechtsschutz unabhängig von der Verschuldensform	45
b) Leistungserstattung bei rechtskräftiger Feststellung einer Vorsatztat	45
5. Rechtsschutz bei den nicht verkehrsrechtlichen Vergehen gem. § 2 bb ARB	47
a) Gefährliche Körperverletzung	47
b) Kein Rechtsschutz bei Vorwurf einer Vorsatztat	48
c) Rückwirkender Rechtsschutz	48
X. Ordnungswidrigkeiten-Rechtsschutz gem. § 2 j ARB bzw. Nr. 2.2.10 ARB 2012	49
1. Verteidigung, keine Zeugenanhörung	49
2. Risikoausschluss bei Vorwurf eines Halt- oder Parkverstoßes	50
XI. Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrecht gem. § 2 k ARB bzw. Nr. 2.2.11 ARB 2012	50
1. Begriff des Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrechts	50
2. Umfang der Kostenübernahme	52
3. Zusammenhang mit anderer gebührenpflichtiger Tätigkeit	52
XII. Opfer-Rechtsschutz gem. Nr. 2.2.12 ARB 2012	53
D. Die allgemeinen Risikoausschlüsse des § 3 ARB bzw. Nr. 3.2 ARB 2012	55
I. Die Tumultrisiken (Krieg, feindselige Handlungen, Aufruhr, innere Unruhen, Streik, Aussperrung, Erdbeben, Nuklear- und genetische Schäden, Bergbauschäden) gem. § 3 Abs. 1 a bis c ARB bzw. Nr. 3.2.1 ARB 2012	55
II. Der Baurisikoausschluss gem. § 3 Abs. 1 d ARB bzw. Nr. 3.2.2 ARB 2012	57
1. Die vier Fallgruppen des Baurisikoausschlusses gem. § 3 Abs. 1 d ARB	57
2. Genehmigungs-/Anzeigepflicht gem. § 3 Abs. 1 d cc ARB	58
3. Reichweite des „ursächlichen Zusammenhangs“ mit der Baumaßnahme	58
4. Streitigkeiten betreffend Immobilienfonds/Kapitalanlagerisiko	60
5. Baurisikoausschluss der ARB 75	60
III. Abwehr von Schadensersatzansprüchen gem. § 3 Abs. 2 a ARB bzw. Nr. 3.2.3 ARB 2012	60
IV. Kollektives Arbeits- und Dienstrecht gem. § 3 Abs. 2 b ARB bzw. Nr. 3.2.4 ARB 2012	61

Inhaltsverzeichnis

V.	Recht der Handelsgesellschaften und Anstellungsverhältnisse gesetzlicher Vertreter juristischer Personen gem. § 3 Abs. 2 c ARB bzw. Nr. 3.2.5 ARB 2012	62
	1. Begriff der Handelsgesellschaften	62
	2. Recht der Handelsgesellschaften	62
	3. Anstellungsverträge gesetzlicher Vertreter juristischer Personen	63
VI.	Geistiges Eigentum gem. § 3 Abs. 2 d ARB bzw. Nr. 3.2.6 ARB 2012	64
VII.	Kartell- und sonstiges Wettbewerbsrecht gem. § 3 Abs. 2 e ARB bzw. Nr. 3.2.7 ARB 2012	65
VIII.	Spiel- und Wettverträge sowie Termin- und vergleichbare Spekulationsgeschäfte gem. § 3 Abs. 2 f ARB bzw. Nr. 3.2.8/3.2.9 ARB 2012	65
IX.	Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrecht gem. § 3 Abs. 2 g ARB bzw. Nr. 3.2.10 ARB 2012	67
X.	Streitigkeiten mit dem eigenen Rechtsschutzversicherer gem. § 3 Abs. 2 h ARB bzw. Nr. 3.2.11 ARB 2012	67
XI.	Steuer- und Abgabenrecht gem. § 3 Abs. 2 i ARB bzw. Nr. 3.2.12 ARB 2012	68
XII.	Verfahren vor Verfassungsgerichten gem. § 3 Abs. 3 a ARB bzw. Nr. 3.2.13 ARB 2012	69
XIII.	Verfahren vor internationalen und supranationalen Gerichtshöfen gem. § 3 Abs. 3 b ARB bzw. Nr. 3.2.13 ARB 2012	70
XIV.	Insolvenzverfahren über das Vermögen des Versicherungsnehmers gem. § 3 Abs. 3 c ARB bzw. Nr. 3.2.14 ARB 2012	70
XV.	Enteignungs-, Planfeststellungs-, Flurbereinigungs- und ähnliche Verfahren gem. § 3 Abs. 3 d ARB bzw. Nr. 3.2.15 ARB 2012	71
XVI.	Halt- oder Parkverstöße gem. § 3 Abs. 3 e ARB bzw. Nr. 3.2.16 ARB 2012	72
XVII.	Streitigkeiten mitversicherter Personen gem. § 3 Abs. 4 a ARB bzw. Nr. 3.2.17 ARB 2012	73
XVIII.	Nichteheliche bzw. nicht eingetragene Lebenspartner untereinander gem. § 3 Abs. 4 b ARB bzw. 3.2.18 ARB 2012	74
XIX.	Auf den Versicherungsnehmer übergegangene/übertragene Ansprüche oder Verbindlichkeiten gem. § 3 Abs. 4 c ARB bzw. Nr. 3.2.19 ARB 2012	75
XX.	Geltendmachung fremder Ansprüche bzw. Haftung für fremde Verbindlichkeiten gem. § 3 Abs. 4 d ARB bzw. Nr. 3.2.20 ARB 2012	76
	1. Geltendmachung fremder Ansprüche	76
	2. Haftung für fremde Verbindlichkeiten	77

XXI. Der Risikoausschluss bei Vorsatztaten gem. § 3 Abs.5 ARB bzw. Nr. 3.2.21 ARB 2012	78
1. ARB 2000/2008/2010	78
2. ARB 94	78
3. ARB 75/ARB 2012: Vorsätzliche Herbeiführung des Versicherungsfalls.	79
4. Erfordernis eines Vorsatzvorbehalts in der Deckungszusage.	79
5. Keine Bindungswirkung der Feststellungen im zu Grunde liegenden Verfahren	80
E. Die Leistungen des Rechtsschutzversicherers gem. § 5 ARB bzw. Nr. 2.3 ARB 2012	81
I. Rechtsanwaltsvergütung bei Inlandsfällen gem. § 5 Abs. 1 a ARB bzw. 2.3.1.2 ARB 2012.	81
1. Keine Bindung an gerichtliche Kostenfestsetzungen	82
2. Erstattungspflicht hinsichtlich der Umsatzsteuer	83
3. Beauftragung eines weiteren Rechtsanwalts.	83
4. Erstattungspflicht in der Rechtsmittelinstanz	84
5. Erstattungsfähigkeit der Hebegebühr.	85
6. Erstattungsfähigkeit von Reisekosten.	85
7. Vergütung bei der anwaltlichen Beratung.	86
8. Anwalt in eigener Sache	86
a) Verteidigung im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	87
b) Selbstvertretung im Zivilrecht.	87
c) Umsatzsteuererstattung bei Tätigkeit in eigener Sache	87
9. Anwaltswechsel	88
II. Rechtsanwaltsvergütung bei Auslandsfällen gem. § 5 Abs. 1 b ARB bzw. Nr. 2.3.2.1 ARB 2012.	89
III. Verfahrenskosten gem. § 5 Abs. 1 c–d ARB bzw. Nr. 2.3.3.1 und 2.3.3.2 ARB 2012	90
1. Gerichts- und Gerichtsvollzieherkosten	90
2. Schieds- oder Schlichtungsverfahren	91
a) In Versicherungsbedingungen vorgesehene Sachverständigenverfahren	91
b) Mediation	91
c) Kosten einer Mediation gem. § 5a ARB 2010 bzw. Nr. 2.3.1.1 ARB 2012	92
IV. Verwaltungsverfahren gem. § 5 Abs. 1 e ARB bzw. Nr. 2.3.3.1 ARB 2012	93
1. Gebühren und Auslagen des Bußgeldbescheides.	93
2. Kosten einer medizinisch-psychologischen Untersuchung (MPU)	93
V. Private Sachverständige gem. § 5 Abs. 1 f ARB bzw. Nr. 2.3.1.3 und 2.3.2.2 ARB 2012	94

Inhaltsverzeichnis

VI. Reisekosten des Versicherungsnehmers zu einem ausländischen Gericht gem. § 5 Abs. 1 g ARB bzw. Nr. 2.3.2.3 ARB 2012	95
VII. Kosten des Gegners gem. § 5 Abs. 1 h ARB bzw. Nr. 2.3.3.3 ARB 2012	95
1. Prozessuale Kostenerstattungspflicht	95
2. Materiell-rechtliche Kostenerstattungspflicht	96
VIII. Die „Sorgeleistungen“ gem. § 5 Abs. 5 ARB bzw. Nr. 2.3.2.4/2.3.3.5 ARB 2012	97
1. Übersetzung notwendiger Unterlagen gem. § 5 Abs. 5 a ARB bzw. Nr. 2.3.2.4 ARB 2012	97
2. Zahlung einer Kautions gem. § 5 Abs. 5 b ARB bzw. Nr. 2.3.3.5 ARB 2012	97
F. Die Kostenbeschränkungen des § 5 Abs. 3 ARB bzw. Nr. 3.3 ARB 2012	99
I. „Freiwillige“ Kostenübernahme durch den Versicherungsnehmer gem. § 5 Abs. 3 a ARB bzw. Nr. 3.3.1 ARB 2012	99
II. Kosten im Rahmen einer einverständlichen Erledigung gem. § 5 Abs. 3 b ARB bzw. Nr. 3.3.2 und 3.3.3 ARB 2012	99
1. Anwendbarkeit der Klausel	101
a) Gerichtliche/außergerichtliche Vergleiche	101
b) Anwendbarkeit außerhalb eines Vergleichs	101
c) Abweichende Kostenverteilung gesetzlich vorgeschrieben	103
aa) Arbeitsgerichtsverfahren erster Instanz	103
bb) Erledigung der Hauptsache und Kostenentscheidung gem. § 91a ZPO	103
2. Bestimmung der „richtigen“ Kostenquote	104
a) Maßgeblichkeit des wirtschaftlichen Endergebnisses ..	104
b) Abstimmung mit dem Rechtsschutzversicherer	105
3. Einbeziehung weiterer Streitgegenstände in einen Vergleich	106
III. Selbstbeteiligung gem. § 5 Abs. 3 c ARB bzw. Nr. 3.3.4 ARB 2012	107
IV. Zwangsvollstreckungskosten gem. § 5 Abs. 3 d und e ARB bzw. Nr. 3.3.5 ARB 2012	108
1. Kein Rechtsschutz ab vierter Zwangsvollstreckungsmaßnahme	108
2. Kein Rechtsschutz später als fünf Jahre nach Rechtskraft des Titels	108
V. Strafvollstreckungsverfahren bei Bagatellangelegenheiten gem. § 5 Abs. 3 f ARB bzw. Nr. 3.3.6 ARB 2012	109
VI. Subsidiaritätsklausel gem. § 5 Abs. 3 g ARB bzw. Nr. 3.3.7 ARB 2012	109
1. Vorliegen eines materiell-rechtlichen Kostenerstattungsanspruchs nach den ARB 75	110

2.	Vorliegen eines materiell-rechtlichen Kostenerstattungsanspruchs ab den ARB 94	110
3.	Verbleibende Anwendbarkeit der Subsidiaritätsklausel ab den ARB 94	110
VII.	Die Beschränkung der Leistungen auf die Versicherungssumme gem. § 5 Abs.4 ARB bzw. Nr.2.3 ARB 2012	111
VIII.	Die Leistungspflicht bei einer Teildeckung	112
1.	Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht.	112
2.	Zivilrecht	113
G.	Der Rechtsschutzversicherungsfall gem. § 4 ARB bzw. Nr.2.4 ARB 2012	115
I.	Der Versicherungsfall im Schadensersatz-Rechtsschutz gem. § 4 Abs. 1 a ARB bzw. Nr.2.4.2 ARB 2012	115
1.	Schadeneintritt/Schadenursache.	115
2.	Einschränkung der maßgeblichen Ereignisse nach der Rechtsprechung des BGH.	116
II.	Der Versicherungsfall beim Beratungs-Rechtsschutz im Familien-, Lebenspartnerschafts- und Erbrecht gem. § 4 Abs. 1 b ARB bzw. Nr.2.4.1 ARB 2012	118
III.	Der Versicherungsfall in den „sonstigen Fällen“ gem. § 4 Abs. 1 c ARB bzw. Nr.2.4.3 ARB 2012	118
1.	Definition des Rechtsverstoßes.	119
2.	Vorangegangener eigener Rechtsverstoß des Versicherungsnehmers	119
3.	Drohender Rechtsverstoß	121
4.	Ausübung eines Gestaltungsrechts (zB Kündigung)	121
5.	Anwaltliche Beratung bzw. Ausübung betreffend ein Gestaltungsrecht	122
6.	Rechtsschutzfall im Arbeitsrecht	122
7.	Verkehrsunfall: Versicherungsfall bei den unterschiedlichen denkbaren Mandaten.	123
a)	Zeugenanhörung des Mandanten	124
b)	Korrespondenz mit dem Unfallgegner persönlich	124
c)	Korrespondenz mit dem eigenen Haftpflichtversicherer des Mandanten	125
d)	Korrespondenz mit dem eigenen Kaskoversicherer	126
e)	Korrespondenz mit dem eigenen Rechtsschutzversicherer	127
f)	Korrespondenz mit sonstigen Versicherern des Mandanten	127
g)	Korrespondenz mit Leistungserbringern des Mandanten	127
h)	Korrespondenz mit sonstigen Dritten	128
i)	Umgang mit nicht versicherten, jedoch unfallbedingten „Nebenmandaten“	129
IV.	Gedehnter Versicherungsfall (Dauerverstoß) gem. § 4 Abs.2 S. 1 ARB bzw. Nr.2.4.4 ARB 2012	130

Inhaltsverzeichnis

V.	Mehrere Versicherungsfälle gem. § 4 Abs. 2 S. 2 ARB bzw. Nr. 2.4.5 ARB 2012.	130
1.	Versicherungsfälle länger als ein Jahr vor Beginn des Versicherungsschutzes	131
2.	Abgrenzung Dauerverstoß/mehrere (selbstständige) Versicherungsfälle	132
VI.	Die Wartezeit gem. § 4 Abs. 1 S. 3 ARB bzw. Nr. 3.1.1 ARB 2012	132
VII.	Die konfliktauslösende Willenserklärung/Rechtshandlung gem. § 4 Abs. 3 a ARB bzw. Nr. 3.1.2 ARB 2012	134
1.	Keim des Rechtsverstoßes bereits vorhanden	134
2.	Versichererwechsel zwischen konfliktauslösender Willenserklärung/Rechtshandlung und Versicherungsfall	135
VIII.	Veranlagungszeitraum beim Steuer-Rechtsschutz vor Gerichten gem. § 4 Abs. 4 ARB bzw. Nr. 3.1.4 ARB 2012	136
IX.	Die Nachmeldefrist bei Spätschäden gem. § 4 Abs. b ARB bzw. Nr. 3.1.3 ARB 2012.	136
H.	Der örtliche Geltungsbereich der Rechtsschutzversicherung gem. § 6 ARB bzw. Nr. 5 ARB 2012.	139
I.	Die Obliegenheiten in der Rechtsschutzversicherung.	141
I.	Begriff der Obliegenheiten.	141
II.	Vertragliche Obliegenheiten vor dem Versicherungsfall.	141
1.	Führerschein-/Schwarzfahrerklausel/Fahren mit nicht zugelassenem Kraftfahrzeug.	142
2.	Rechtsfolgen der Obliegenheitsverletzungen vor dem Versicherungsfall	143
a)	Rechtslage bei Altverträgen	143
b)	Vollständige/teilweise Leistungsfreiheit oder Folgenlosigkeit je nach Verschuldensgrad	143
c)	Volle Leistungspflicht bei Kausalitätsgegenbeweis	144
d)	Kündigungsrecht des Versicherers.	145
III.	Obliegenheiten nach dem Versicherungsfall.	145
1.	Unterrichtungs-/Auskunftsobliegenheit gem. § 17 Abs. 3, Abs. 5 a, b ARB bzw. Nr. 4.1.1.1/4.1.1.2 ARB 2012	145
2.	Die Zustimmungsobliegenheit gem. § 17 Abs. 5 c aa ARB bzw. Nr. 4.1.1.3 ARB 2012.	147
3.	Die Warteobliegenheit gem. § 17 Abs. 5 c bb ARB.	147
4.	Die Kostenvermeidungsobliegenheit des § 17 Abs. 5 c cc ARB bzw. Nr. 4.1.1.4 ARB 2012	148
a)	Anwendungsfälle der früheren Rechtsprechung	148
b)	Unwirksamkeit der Obliegenheit wegen Intransparenz	149
5.	Pflicht zur Teilklage nach den ARB 75/ARB 2010	150
6.	Mitwirkungspflicht hinsichtlich der Kostenerstattung gem. § 17 Abs. 8 ARB bzw. Nr. 4.1.8/4.1.9 ARB 2012	150

7. Rechtsfolgen der Obliegenheitsverletzungen nach dem Versicherungsfall gem. § 17 Abs.6 ARB bzw.	
Nr. 4.1.5 ARB 2012	151
a) Vollständige/teilweise Leistungsfreiheit oder Folgenlosigkeit je nach Verschuldensgrad	151
b) Volle Leistungspflicht bei Kausalitätsgegenbeweis	152
c) Gesonderte Belehrung des Versicherungsnehmers.	152
IV. Zurechnung des Verhaltens des Rechtsanwalts	153
J. Die Verjährung des Rechtsschutzanspruchs gem. § 14 ARB bzw. Nr. 8 ARB 2012	155
I. Regelverjährung von drei Jahren	155
II. Kein einheitlicher Beginn der Verjährung	155
III. Verjährungsrisiko bei Vorschussanforderung	156
IV. Hemmung der Verjährung.	157
K. Deckungsablehnung wegen fehlender Erfolgsaussicht oder Mutwilligkeit gem. § 18 ARB bzw. Nr. 3.4 ARB 2012	159
I. Gutachterverfahren gem. § 128 VVG.	159
II. Fehlen hinreichender Erfolgsaussicht	160
1. Betroffene Leistungsarten	160
2. Schlüssigkeitsprüfung	160
3. Beweislage	161
4. Erfolgsaussicht bei der Beratung – Problem der so genannten Abrategebühr	162
III. Mutwilligkeit	163
IV. Belehrungspflicht des Rechtsschutzversicherers bei Deckungsablehnung wegen fehlender Erfolgsaussicht oder Mutwilligkeit.	163
V. Das Stichtentscheidungsverfahren gem. § 17 ARB 75 sowie optional § 18 ARB 2000/2008 bzw. § 3a ARB 2010 bzw. Nr. 3.4 ARB 2012	164
1. Stellungnahme eines Rechtsanwalts	164
2. Kosten	164
3. Inhaltliche Anforderungen	165
4. Bindungswirkung	165
VI. Schiedsgutachterverfahren gem. § 18 ARB bzw. § 3a ARB 2010 bzw. Nr. 3.4 ARB 2012	166
1. Auswahl des Schiedsgutachters	167
2. Verfahrensablauf/Belehrungspflichten des Versicherers/ Fristen	167
3. Entstehende Kosten	167
4. Kostentragung	167
5. Kosten fristwahrender Maßnahmen.	168
6. Bindungswirkung	168

L. Schadensersatzpflicht des Rechtsschutzversicherers bei unberechtigter Deckungsablehnung	169
I. Kosten für die Inanspruchnahme eines Rechtsanwalts	169
II. Anspruchsverlust wegen Verzichts auf fristwahrende Maßnahmen	169
M. Die Rechtsverhältnisse beim rechtsschutzversicherten Mandat	171
I. Rechtswirkungen der Deckungszusage	171
1. Deckungsbestätigung allein gegenüber dem Versicherungsnehmer	171
2. Deklaratorisches Schuldanerkenntnis.	172
3. Beschränkung auf jeweiliges Stadium der Interessenwahrnehmung (Instanz)	173
II. Rechtswirkungen der unmittelbaren Zahlungsabwicklung mit dem Rechtsschutzversicherer	173
III. Folgen bei Insolvenz des Versicherungsnehmers	174
IV. Folgen für die Erstellung der Kostenrechnung.	175
V. Rückzahlungsansprüche im Dreiecksverhältnis	176
VI. Forderungsübergang auf den Rechtsschutzversicherer gem. § 86 VVG.	176
1. Anwendungsfälle	177
2. Pflicht des Anwalts zur Rechenschaftslegung/Abrechnung	177
3. Problem der fehlenden Aktivlegitimation nach Forderungsübergang.	178
4. Quotenvorrecht des § 86 Abs. 1 S. 2 VVG.	179
a) Kongruente Kosten	179
b) Beispiele zum Quotenvorrecht.	180
c) Bereicherungsrechtlicher Kostenausgleich.	181
VII. Abtretungsverbot gem. § 17 Abs. 7 ARB bzw. Nr. 4.1.7 ARB 2012	182
VIII. Die Auswahl des Rechtsanwalts des Versicherungsnehmers	182
IX. Risiken des Anwalts bei Tätigkeit vor Deckungserteilung	184
1. Vergütungsanspruch bei späterer Deckungsablehnung.	184
a) Mandatserteilung unter der Bedingung der Rechtsschutzdeckung.	185
b) Aufrechenbarer Schadensersatzanspruch wegen Belehrungsversäumnisses	185
2. Klare Vereinbarung mit dem Mandanten.	186
3. Anwaltliche Tätigkeit erst nach Deckungserteilung	186
4. Aufklärung über Voraussetzungen und Umfang des Rechtsschutzes	186
5. Belehrungspflichten während des Mandats	187
X. Risiken des Anwalts trotz Erteilung der Deckungszusage	188
XI. Gebührenanspruch für die Einholung der Deckungszusage.	189
1. Gebührenrechtlich selbstständige Angelegenheit	189
2. Keine Rechtsschutzversicherungsleistung.	189

Inhaltsverzeichnis

3.	Treu und Glauben und die Verkehrssitte	190
4.	Klare Vereinbarung mit dem Mandanten.	190
5.	Erstattungsansprüche hinsichtlich der Kosten für die Einholung der Deckungszusage	190
a)	Erstattungspflicht des Rechtsschutzversicherers	190
b)	Erstattungspflicht eines haftpflichtigen Unfallgegners	191
XII.	Die Rechtsstellung mitversicherter Personen	192
1.	Aktivlegitimation des Mitversicherten	192
2.	Widerspruchsrecht des Versicherungsnehmers	193
3.	Rechtslage nach den ARB 75	193
4.	Sinngemäße Geltung der ARB für Mitversicherte	194
XIII.	Kündigung des Versicherungsvertrages durch den Rechtsschutzversicherer.	194
N.	Gerichtliche Geltendmachung der Rechtsschutzansprüche	197
I.	Passivlegitimation des Schadenabwicklungsunternehmens	197
II.	Gerichtsstand gem. §215 VVG	198
III.	Klageanträge	199
1.	Feststellungsantrag zur Deckung dem Grunde nach.	199
2.	Freistellungsantrag bei fälligen Kosten.	199
3.	Zahlungsantrag bei bereits verauslagten Kosten.	200
4.	Kombination von Feststellungs- und Freistellungsantrag	200
IV.	Streitwert der Deckungsklage	201
V.	Besonderheiten bei Streit über die Höhe der anwaltlichen Vergütung	202
O.	Alternative Möglichkeiten der Streitbeilegung mit dem Rechtsschutzversicherer	205
I.	Beschwerde beim Versicherungsombudsmann e.V.	205
II.	Beschwerde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)	205
P.	Die Korrespondenz mit dem Rechtsschutzversicherer	207
I.	Kommunikationswege	207
1.	Kommunikation per Fax	207
2.	Elektronische Kommunikation.	207
II.	Inhaltlichen Anforderungen.	208
Q.	Leistungserweiterungen außerhalb der GDV-Musterbedingungen.	209
I.	Allgemeiner Verwaltungs-Rechtsschutz.	209
II.	Daten-Rechtsschutz	209
III.	Rechtsschutz in Betreuungsverfahren	210

R.	Checkliste (Prüfungsschema) zur Prüfung des Versicherungsschutzes	211
	I. In welcher Form und in welchem Rechtsverhältnis soll die anwaltliche Tätigkeit erfolgen?	211
	II. Ist eine für den Mandanten versicherte Interessenwahrnehmung betroffen?	211
	III. Kein allgemeiner Risikoausschluss gem. § 3 ARB	214
	IV. Vorliegen eines Versicherungsfalls in versicherter Zeit gem. § 4 ARB.	215
	V. Interessenwahrnehmung im örtlichen Geltungsbereich gem. § 6 ARB.	215
	VI. Einhaltung der Obliegenheiten	215
	VII. Erfolgsaussichten/Mutwilligkeit gem. § 18 ARB	216
	VIII. Leistungsumfang gem. § 5 ARB.	216
	IX. Verjährung gem. § 14 ARB	216
S.	Checkliste zur Deckungsanfrage	217
	I. Standardangaben.	217
	II. Rechtsschutz für einen Mitversicherten.	217
	III. Zeitpunkt des Versicherungsfalls.	217
	IV. Verkehrsrechtliche Angelegenheiten.	218
	V. Wohnungs-/Grundstücksangelegenheiten	218
T.	Muster für Deckungsanfragen	219
Anhang	221
	I. Allgemeine Bedingungen für die Rechtsschutzversicherung (ARB 2008)	221
	II. Glossar	246
Sachverzeichnis	253